

# „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“

*Start einer Initiative vom Landesfrauenrat und den Frauenbeauftragten*

■ „In der Lübecker Bürgerschaft sitzen nur 24 Prozent Frauen. Soll die Bürgerschaft die Bevölkerung widerspiegeln, bedarf es 50 Prozent“, sagt Petra Schmittner vom Frauenbüro der Hansestadt. Ähnlich sehen das die Frauenbeauftragten in anderen Regionen Schleswig-Holsteins, und so haben sie gemeinsam mit dem Landesfrauenrat eine Kampagne gestartet. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2018 ist das Ziel, den Frauenanteil in der aktiven Politik deutlich zu erhöhen. Unterstützt wird die Initiative auch vom Sozialministerium und Ministerin Kristin Alheit, die sich die Förderung des Ehrenamtes auf die Fahne geschrieben hat.

Bereits seit 2013 bietet das Frauenbüro unter der Leitung

von Lübecks Gleichstellungsbeauftragter Elke Sasse in der Stadt ein Veranstaltungsprogramm mit dem Titel „Mehr Vielfalt in die Kommunalpolitik – Frauen sind dabei!“. Interessierte Frauen haben hier die Möglichkeit, gemeinsam an Bürgerschafts- oder Ausschusssitzungen teilzunehmen, erfahren in Vorträgen mehr über politische Zusammenhänge, proben sich in Rhetorik und Diskussionspraxis oder kommen in Arbeitsgruppen zusammen.

Elke Sasse ist als eine der Sprecherinnen der Landesarbeitsgruppe der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (LAG) maßgeblich an der Organisation der landesweiten Kampagne unter dem Titel „Im echten Norden: Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ beteiligt.

Mit einer Auftaktveranstaltung am 3. Juni wurde die Planung vorgestellt. Schleswig-holsteinische Kommunalpolitikerinnen waren eingeladen, ihre Wünsche und Vorstellungen im Rahmen einer Diskussion im Osterberg-Institut in Ostholstein einzubringen. „Wir planen landesweite Fortbildungen, dezentrale Vernetzungstreffen und eine Frauen-Landtagssitzung für 2017“, so Elke Sasse. „Gleichzeitig sind wir aber nicht so naiv zu glauben, dass es ‚nur‘ darum geht, die Frauen zu motivieren“, so Sasse. „Auch die Rahmenbedingungen für kommunalpolitische Arbeit, d. h. Sitzungskultur, Sitzungszeiten u.a. müssen hinterfragt und weiterentwickelt werden, damit sie für Frauen überhaupt interessant sind. Hierfür wer-

den wir gemeinsam mit dem LFR ein Strategiepapier entwickeln, das wir 2016 der Öffentlichkeit vorstellen werden. Eine Novellierung des Wahlgesetzes kann zudem dazu beitragen, Frauen gleichberechtigte Chancen zu ermöglichen. Hier ist die Landesregierung gefordert.“ sgl

*Die Stadtzeitung wird in unregelmäßiger Folge politisch aktive Frauen in der Stadt vorstellen und über ihre Motivation, aber auch über Hindernisse bei ihrem politischen Engagement berichten. Mehr zum Veranstaltungsprogramm „Mehr Vielfalt in die Kommunalpolitik“ des Frauenbüros unter [www.frauenbuero.luebeck.de](http://www.frauenbuero.luebeck.de)*

Serie: *Frauen in der Kommunalpolitik*

## „Nicht nur meckern sondern machen“

*Ursula Wind-Olßon gehört zu den 24 Prozent Frauen in der Bürgerschaft*

■ Seit 2013 sitzt die 52-jährige Kücknitzerin für die CDU in der Lübecker Bürgerschaft, aber seit langen Jahren schon ist sie beruflich und familiär an vielen Fronten aktiv. Die sympathische Politikerin strahlt es aus, dass ehrenamtliche Tätigkeit ein wichtiger Teil ihres Lebens ist. „Die Familie muss dahinterstehen, sonst kann man das nicht machen“, sagt Ursula Wind-Olßon, deren Mann als Hausmann gearbeitet, die Kinder betreut und ihr damit auch beruflich den Rücken freigehalten hat. Die Söhne sind heute fast erwachsen, berufstätig ist Wind-Olßon als Anwaltin. Dass sie häufig abends in Sitzungen oder nach Feierabend in Ausschüssen ist, empfindet sie nicht als Opfer. Vielmehr zieht sie persönlichen Gewinn daraus, dass sie für ihre politische Arbeit Anerkennung und Respekt bekommt, gerade auch im privaten Umfeld. Wertvoll ist ihr ebenso der Austausch und der persönliche Kontakt mit anderen Politikern.

Begonnen hat sie ihr politisches Ehrenamt als Schulleiternbeiratsvorsitzende des Trave-Gymnasiums. „Damals habe ich erfahren, dass es etwas bringt, sich zu engagieren“, erklärt Wind-Olßon ihre Motivation. „Es ist uns über die Jahre und in ständiger Auseinandersetzung mit den zuständigen Politikern gelungen, die Schule vor der Schließung zu retten.“ Zunächst wollte sie parteiunabhängig bleiben, stand aber mit ihren Standpunkten zur Schulschließung der CDU am nächsten. „Ich bin christlich orientiert,



Schaut auch politisch gerne über den Tellerrand hinaus: Ursula Wind-Olßon (CDU).

Foto: Jel

hätte auch weiterhin kirchlich arbeiten können. Aber ich wollte über den Tellerrand meines Stadtteils Kücknitz hinaus schauen.“ In der CDU-Fraktion ist sie eine der beiden frauenpolitischen Sprecherinnen und Mitglied des Ausschusses Um-

welt, Sicherheit und Ordnung. „Der CDU bekommt es gut, wenn mehr Frauen dabei sind“, findet Wind-Olßon, die sich in ihrem männerdominierten Umfeld nicht benachteiligt fühlt. „Das ist ähnlich wie im Beruf, es dauert eine Zeit, sich durchzu-

setzen. Dabei hilft mir auch meine Lebenserfahrung.“ Sie habe gelernt, in Diskussionen immer sachlich und ruhig zu bleiben. „Was man an mir schätzt ist, dass ich erst lange nachdenke, bevor ich etwas sage, und ich gelte als sehr zuverlässig und handle nachhaltig“, beschreibt sie ihre persönlichen Stärken.

Wird sie, wenn 2018 eine neue Bürgerschaft gewählt wird, sich wieder aufstellen lassen? Um die Arbeit weiterzuführen sehr gern, sagt Wind-Olßon, aber es müssten auch die privaten Faktoren weiterhin stimmen. Sie könne sich auch gut vorstellen, als Mentorin eine jüngere Frau in der Politik zu unterstützen. „Wenn in unserer Fraktion eine 30-Jährige mitmacht, dann senkt das den Altersdurchschnitt erheblich“, bemerkt sie schmunzelnd.

Und wie würde sie eine jüngere Frau motivieren, politisch aktiv zu werden? „Ich würde sie persönlich kennenlernen wollen und ihr ganz viel über meine politische Arbeit erzählen. Dann würde ich sie in Ausschüsse einladen und ihr das dortige Prozedere erklären.“ Ein Thema, das ihr besonders am Herzen liegt, würde sie dann sicherlich auch ansprechen: die Haushaltskonsolidierung der Stadt. „Gerade im frauenpolitischen oder familiären Bereich stehen viele Leistungen auf der Kippe. Um die aufrechtzuerhalten, brauchen wir finanzielle Unabhängigkeit. Zurzeit müssen wir immer nur Löcher stopfen und können leider politisch kaum frei entscheiden.“ sgl

Serie: *Frauen in der Kommunalpolitik*

## „Ich möchte Vorbild sein“

*Michelle Akyurt kämpft für soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt*

Die 41-jährige Juristin und Diplom-Kauffrau gehört seit 2013 der Bürgerschafts-Fraktion Bündnis90/Die Grünen an und ist Mitglied des Haupt- sowie des Sozialausschusses. Sie wohnt seit drei Jahren in der Lübecker Innenstadt und ist mit eigener Rechtsanwaltskanzlei selbstständig. Politik und Beruf gehen für die geborene Hamburgerin mit türkischen Wurzeln ineinander auf: ihre beruflichen Schwerpunkte Sozial-, Familien- und Frauenrecht sind auch ihre politischen. Nach einigen Jahren kaufmännischer Tätigkeit hat sie beruflich umgesattelt und Jura studiert, ihr Referendariat führte sie dann an die Trave. „Ich fühle mich wohl hier, die Lübecker Innenstadt ist toll zum Leben und Arbeiten, alles ist mit dem Fahrrad erreichbar.“ Und das heimisch werden in Lübeck fiel der quirligen Politikerin nicht schwer. „Ich bin offen und kommunikationsstark und habe großes Interesse an den Menschen.“ Alles Eigenschaften, die sie sowohl im Beruf als auch in der Politik braucht. Welche Merkmale zeichnen ihrer Meinung nach Politiker außerdem aus? „Man muss vor allem Leidenschaft für politische Themen mitbringen, immer kritisch und wach bleiben und Ausdauer haben, denn manche Themen brauchen Zeit, bis etwas daran zu ändern ist.“ Das politische Leben, bemerkt Akyurt, sei eben „keine friedliche Idylle. Da wollen politische und gesellschaftliche Interessen durchgesetzt werden. Aber ich empfinde die Diskussionen als sachorientiert, und nach den Ausschusssitzungen versteht man sich trotzdem noch.“



**Michelle Akyurt (Grüne) posiert vor Beginn der Sozialausschusssitzung am Verwaltungszentrum am Mühlentor.** Foto: Jel

Woher kommt ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit? Die Wurzeln wurden bereits in Michelle Akyurts Schulzeit gelegt, als ihre Grundschullehrer sie trotz sehr guter Leistungen nicht für das Gymnasium empfahlen. „Ich habe damals an der eigenen Haut die sog. institutionelle Diskriminierung erfahren, d. h. die Verhinderung einer

bestimmten Schullaufbahn aufgrund der sozialen Herkunft. Aber mein Vater hat sich für mich und meine Schwestern eingesetzt, sich beraten lassen und dafür gesorgt, dass wir das Gymnasium besuchen“, erzählt Akyurt und man merkt ihr an, wie dankbar sie noch immer für den Rückhalt ihres Vaters ist. „Er wollte, dass gerade wir Mädchen

eine gute Bildung bekommen und finanziell unabhängig werden. Und das, obwohl er selbst aus einfacheren und bildungsfernen Verhältnissen kommt.“ Später als Studentin übernahm Akyurt das Amt der Finanzreferentin des AStA und engagierte sich in der Grünen Hochschulgruppe.

Welches sind heute die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit? Im Rahmen der Integrationspolitik ist sie stolz, dass es gelungen ist, einen einstimmigen Beschluss zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung herbeizuführen, d. h. es sollen, insbesondere bei Tätigkeiten mit Kundenkontakten, verstärkt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Eine kulturelle Vielfalt, die der Gesellschaft entspricht, solle in der Verwaltung abgebildet werden, aber ebenso auch in den politischen Gremien, benennt Akyurt als eines ihrer größten politischen Motive. „Dafür möchte ich als Politikerin mit Migrationshintergrund Vorbild sein.“ Frauen will sie ermutigen, weniger Scheu vor der Parteipolitik an den Tag zu legen und sich mehr zuzutrauen. Dass politisches Engagement jedoch viel Zeit erfordert und die privaten Umstände es zulassen müssten, gibt Akyurt auch zu bedenken. Für sie steht fest, dass sie weiter kämpft und langfristig politisch mitmischt. So wie bei brennenden Themen wie dem Erhalt der Hafenschuppen sowie des Schulstandortes Groß Steinrade. Von der Verwaltung wünscht sie sich dabei ein besseres Miteinander, wenn es um den Austausch von Informationen und die Bereitstellung von Arbeitsvorlagen geht. sg

Serie: Frauen in der Kommunalpolitik

## „Ich kenne die typischen Frauenfallen“

Katjana Zunft fordert mehr Wertschätzung für Geringverdiener

■ Im linken Umfeld hat die 45-Jährige geborene Lübeckerin sich schon als Jugendliche bewegt, z.B. auf der „Walli“, und war im Stadt- und im Landesschülerparlament politisch aktiv.

2012 hat sie sich auch parteipolitisch gebunden und wurde im Oktober 2013 in das Amt der Vorsitzenden des Verbandes DIE LINKE Lübeck gewählt. Für 160 kommunale Parteimitglieder ist sie Vermittlerin zur Landes- und Bundespolitik sowie Repräsentantin ihrer Partei in der Öffentlichkeit und in politischen Gremien. Sie arbeitet im Ausschuss für Kultur- und Denkmalpflege der Hansestadt mit und ist Mitglied des Aufsichtsrats der LTM. Außerdem ist sie Sprecherin der linken Landesarbeitsgemeinschaft Kinder, Jugend und Familie und Mitglied des Bezirksvorstands von Verdi. Beruflich ist die Erzieherin und Systemische Familientherapeutin als Sozialberaterin im AWO-Frauenhaus tätig. „Wenn man tagtäglich mit sozialer Ungerechtigkeit konfrontiert wird, möchte man den Frust in aktive Arbeit umwandeln“, sagt Katjana Zunft über ihre Motivation für das politische Ehrenamt, für das sie sich etwa zehn Stunden pro Woche Zeit nimmt. „Wenn mich was ärgert, dann tu ich was dagegen.“

Mit ihrer elfjährigen Tochter lebt sie im Quartier an der Falkenwiese und weiß aus eigener Erfahrung, wie ungerecht sich gerade alleinerziehende Frauen häufig behandelt fühlen. Wie es sich anfühlt, wenn man auf Sozialleistungen angewiesen ist, die aber aus nichtigen Gründen nicht gewährt werden. „Ich bin selbst in die typischen Frauenfallen getappt: Trennung vom Ehemann, bei dem ich auch angestellt war, zunächst keinen Job, dann wegen der Kinder im-



Katjana Zunft (DIE LINKE), hier im Schulgarten, repräsentiert ihre Partei mit Humor und Menschlichkeit.

Foto: sgl

mer nur Teilzeit – mit so einem Berufsleben ist absehbar, dass man in die Altersarmut kommt“, sagt Zunft und bemerkt, dass 45 Prozent aller Hartz IV-Empfänger alleinerziehend seien. Und das System Hartz IV sei ungerecht, es beruhe auf Sanktionen, die für ein Fortkommen eher hinderlich seien.

Alleinerziehende seien auch in der aktiven Politik wenig vertreten. „Meist sind die Sitzungstermine zwischen 18 und 20 Uhr

und daher mit dem Familienleben wenig kompatibel.“

Katjana Zunft selbst nimmt die Kinderbetreuung in Anspruch, die ihr während der Sitzungen des Kulturausschusses zusteht, und beantragt dafür regelmäßig bei der Stadt die Kostenerstattung. Hilfreich sei auch, dass sie ein gutes Netzwerk und Unterstützung durch die Großeltern habe. Solidarität, ebenso wie in der Familie auch in der Gesellschaft oder in der

Partei, ist ihr wichtig und motiviert für die politische Arbeit. „Die Linke ist eine tolle Partei mit guter Gemeinschaft, die gemeinsam was bewegen kann“, findet die Parteivorsitzende. Ebenso schätzt sie den direkten Kontakt mit Bürgern, aber auch den Austausch mit Politikern anderer Parteien. „Viel Politik findet auf menschlicher Ebene statt. Oft sind meine Gesprächspartner erstaunt, wenn sie hören, dass ich von den Linken bin und sagen: Sie haben ja ganz vernünftige Ansichten!“, erzählt sie augenzwinkernd.

Welche ihrer persönlichen Eigenschaften helfen ihr bei der politischen Arbeit besonders? „Ich kann gut integrieren, kann viel dazu beitragen, einen Konsens zu finden. Im Parteiverband kann ich alle Genossen so nehmen, wie sie sind. Und ich habe Humor, nehme mich selbst auch mal nicht so ernst. Gut ist auch, dass ich trennen kann zwischen Person und Amt, denn wenn ich angegriffen werde, dann als Repräsentantin der Linken und nicht persönlich.“ Wichtig sei ihr auch, ihre Weiblichkeit zu bewahren, aber gleichzeitig gleichberechtigt aufzutreten, mit Charme aber auch mit der notwendigen Offensive.

Auf welche politischen Erfolge ist sie besonders stolz? Innerparteilich habe sie viel zur Stabilität in unruhigen Zeiten beitragen können und dadurch eine hohe Akzeptanz und Anerkennung gewonnen. Im Kulturausschuss sei beschlossen worden, ein Denkmal für verfolgte Homosexuelle zu errichten, was Katjana Zunft als sichtbaren „Erfolg zum Anfassen“ wertet. Zentrales Thema bleibt für sie die ungerechte Einkommensverteilung. „Generell werden Frauenberufe abgewertet. Sie müssen mehr Anerkennung bekommen, auch finanziell.“

sgl

Serie: *Frauen in der Kommunalpolitik*

## „Wir werden schon gehört“

*Natalie Regier glaubt an die Demokratie und kennt auch politische Unterdrückung*

■ Als die geborene Russlanddeutsche 1999 mit ihren Eltern und ihrem jüngeren Bruder nach Deutschland kam, hätte sie sich nicht träumen lassen, dass sie gut 15 Jahre später ein Leben führen würde wie sie es heute tut – dass sie Gesellschaft politisch mitgestaltet. Für die Bürger für Lübeck (BfL) ist sie ordentliches bürgerliches Mitglied des Lübecker Sozialausschusses und Sprecherin des Arbeitskreises Soziales ihrer Wählergemeinschaft. Außerdem nimmt sie als stellvertretendes Mitglied vertretungsweise an den Ausschusssitzungen des Jobcenter-Beirats teil.

Politisch interessiert war sie schon immer. Vor circa drei Jahren kam sie über ein frauenpolitisches Frühstück, veranstaltet von Lübecks Frauenbeauftragter Elke Sasse, das erste Mal in Berührung mit der Kommunalpolitik. „Besonders beeindruckt hat mich damals Frau Stadthaus-Panissié. In der BfL, finde ich, gibt es keine so starren Strukturen, Meinungsvielfalt wird akzeptiert und es gibt keinen Fraktionszwang.“ Als Natalie Regier dann an der ersten Frauenbürgerschaft im Frühjahr 2013 teilgenommen hatte, stand für die 36-Jährige fest, selbst politisch aktiv zu werden. Die seit kurzem alleinerziehende Mutter einer 14-jährigen Tochter lebt in Lübecks Altstadt und arbeitet als Angestellte im Standesamt einer Kommunalverwaltung.

„Dass in Deutschland so wenige zur Wahl gehen, zeigt, dass die Demokratie nicht genug geschätzt wird. Das ist nicht so, wenn man es auch anders erlebt hat, wie ich in Russland.“ Natalie Regiers Eltern haben sich in den 90er Jahren zu Zeiten der Freiheitsbewegung politisch engagiert. Umso bedauerlicher



**Natalie Regier (BfL - Bürger für Lübeck) fühlt sich wohl in der Lübecker Innenstadt, wo sie seit 10 Jahren lebt.**

Foto: sgl

findet sie die heutige Entwicklung in ihrem Heimatland und sagt: „Ungerechtigkeit kann ich nirgendwo haben.“ Deshalb müsse man Missstände offen ansprechen, wofür die Mitarbeit in einer Wählergemeinschaft wie der BfL für sie ein richtiger Weg sei. „Auch als kleine Oppositionspartei haben wir eine

Stimme und wir reden Klartext. Anstatt nur zu meckern, ist es wichtig, sich einzubringen.“

Auch persönlich profitiert Regier von ihrem politischen Engagement. „Man beschäftigt sich mit Themen, die man ansonsten überhaupt nicht kennen lernen würde – das bildet auch. Und man trifft andere

Politiker, mit denen man sich mal mehr und mal weniger gut versteht. Die Diskussionen finde ich meistens total spannend und interessant.“ Ihre Schwerpunktthemen waren zuletzt die städtischen Senioreneinrichtungen oder die Zulassung einer unabhängigen Bewerberin für die Senatorenwahl. Ein Thema, bei dem sie auch aus eigener Erfahrung mitreden kann, da sie selbst zwei Wochen in einer Erstaufnahmeeinrichtung lebte, ist die Flüchtlingsunterbringung.

Wichtig findet sie, dass man immer der eigenen Überzeugung treu bleibt. Sich Fraktionszwängen unterwerfen zu müssen lehnt Regier ab. „Bei den großen Parteien sieht man, was sie teilweise mit einem machen, wenn man nicht konform geht!“ Konflikte versuche sie, offen anzusprechen, damit die Diskussion nicht unter die Gürtellinie gehe, wobei ihr persönlich auch ihr Einfühlungsvermögen helfe. „Einen Kompromiss zu finden ist mir sehr wichtig“, betont Regier, „gleichzeitig muss man aber Beständigkeit und Zuverlässigkeit zeigen, indem man bei einer Linie bleibt.“

Geschätzt verbringt Natalie Regier 20 Prozent ihrer Freizeit mit politischer Arbeit. Als Vollzeit-Berufstätige findet sie allerdings die Sitzungszeiten am Nachmittag ungünstig, da sie früher gehen und die fehlende Zeit als Überstunden nacharbeiten müsse.

Als Einstieg ins politische Engagement empfiehlt sie, einfach mal an Stammtischen oder Arbeitskreisen der Wählergemeinschaft teilzunehmen und reinzuschnuppern und lädt ein: „Engagierte Frauen sind bei uns sehr willkommen, gerade sie bereichern die Diskussionen.“

sgl

Serie: *Frauen in der Kommunalpolitik*

## „Empört euch und bleibt hartnäckig“

*Ute Friedrichsen plädiert für Achtung der Menschenrechte und lebenslanges Lernen*

Die Auseinandersetzung mit Themen aus Stadtplanung, Sozial-, Gesundheits- oder Ausländerpolitik ist für die 62-jährige SPD-Politikerin alltäglich. Alle 14 Tage arbeitet sie sich durch die Unterlagen des Bauausschusses, ein Mal pro Woche betreut sie eine Gruppe von Frauen mit Migrationshintergrund, sie ist Mitglied in der Humanistischen Union und im Weißen Ring. Auch im Privatleben ist Politik allgegenwärtig: Ute Friedrichsens Mann hat selbst ein politisches Amt inne und mit den erwachsenen Söhnen wurde bei Tisch regelmäßig über gesellschaftliche Belange diskutiert, die auch den Alltag betreffen, wie z. B. der Umgang mit ausländischen Mitschülern. Sie wollte auch bei den Söhnen Interesse und Verständnis für das wecken, was im Umfeld passiert, wollte, dass sie sich selbst eine Meinung bilden. „Neugier und Offenheit für Menschen und Themen bedeutet für mich lebenslanges Lernen. Das kann man nur vorleben“, ist Friedrichsen überzeugt.

Sie bezeichnet sich selbst als Familienmensch, der Kontakt zu Kindern und Enkelkind ist eng, die eigenen Eltern brauchen Hilfe im Alltag. „Meinen Eltern zu helfen ist selbstverständlich, das sehe ich als Erfüllung des Generationenvertrags.“ In der Vergangenheit war auch Ute Friedrichsen schon auf die Unterstützung ihrer Eltern angewiesen zu Zeiten, als sie mit kleinem Kind vollzeit-berufstätig war oder als sie später an Brustkrebs erkrankte. „Mit meiner Erkrankung bin ich offensiv umgegangen, obwohl das eine schwere Zeit war. Aber man kann aus allem etwas Gutes ziehen“, erzählt Friedrichsen. Damals habe sie auch erlebt, wie wertvoll echte Freundschaften sind. Und ihr politisches Enga-



Ute Friedrichsen posiert in der Dankwertsgrube.

Foto: sgl

gement wurde in diesem Umfang erst möglich, weil sie nach der Erkrankung nicht mehr wie vorher berufstätig sein konnte. „Meine Lebenserfahrung hilft mir zum Beispiel auch, bei Themen wie Gesundheit oder Pflege mitzureden“, sagt sie.

Im Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit stehen immer die Menschenrechte. „Die Menschenrechte sind übergeordnet in unserer Verfassung verankert, deshalb finde ich auch die Diskussion über den Gottesbezug in der schleswig-hol-

steinischen Landesverfassung überflüssig“, so Friedrichsen. Sie fordert insgesamt mehr gesellschaftliches Engagement, sie selbst hat mehrere Ehrenämter ausgeübt, z. B. als langjährige Schulleiternbeiratsvorsitzende oder als Schöffin am Amtsgericht. Themen, für die sie sich heute interessiert, sind vielfältig und reichen vom Verbraucherschutz (Sicherung der unabhängigen Patientenberatung und der Verbraucherzentralen), der Vorratsdatenspeicherung, den Freihandelsabkommen oder der

unabhängigen Demobeobachtung bis hin zum begleiteten Suizid, der Wiedereinführung des Sterbegeldes oder der anonymisierten Spurensicherung nach Vergewaltigung. Eine weitere Herzensangelegenheit ist die Sicherung der Sternwarte. „Dort wird seit vielen Jahren eine tolle ehrenamtliche Arbeit geleistet und sie passt gut zu Lübeck als Stadt der Wissenschaft“, findet Ute Friedrichsen.

Im Bauausschuss setzt sie sich dafür ein, dass anstatt von Styropor andere Materialien für die vom Bund geförderte Wärmedämmung zur Anwendung kommen. „Die Brandgefahr ist enorm. Hier hat die Styropor-Industrie gute Lobbyarbeit geleistet.“ Ein anderes aktuelles Projekt ist die Errichtung eines Trauerforstes auf Lübecker Stadtgebiet. Diese Form der Bestattung findet sie weniger anonym und würdevoller als beispielsweise die Seebestattung, nach der dann kein Ort zum Trauern mehr für die Angehörigen vorhanden sei. „Ich kann dazu nicht direkt in Verhandlung mit den Verantwortlichen treten, das ist Sache der Verwaltung. Aber ich kann das Thema immer wieder auf die Tagesordnung im Ausschuss bringen und Anträge stellen.“ Man bräuchte in der Politik Ausdauer, so Friedrichsen, den Trauerforst sehe sie als langfristiges Projekt. In Diskussionen müsse man hartnäckig bleiben, immer wieder nachfragen. Das sei ihre Vorgehensweise, wenn sie merke, dass ihr Gesprächspartner absichtlich eine konkrete Antwort umgehe. „Man muss das sportlich nehmen“, sagt Friedrichsen. Frauen, merkt sie an, würden zu häufig den Konjunktiv gebrauchen und sollten sich mehr trauen, auch und gerade in der Kommunalpolitik. sgl